



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Trumps falsche Zollberechnung von Thomas Matter

Seite 2

Kanton Zürich

Gesundheit kostet – Kosten steigen von Romaine Rogenmoser

Seite 3

Aktuell

Facettenreiche Debatte zur Steuervorlage 17 von Seraina Billeter

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Uster hat ein Ausgabenproblem von Benjamin Streit

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Polit-Arena Andelfingen am 29. April

Seite 8

BEHÖRDENREFERENDUM DER SVP UND FDP ZUR PRÄMIENVERBILLIGUNG

Individuelle Prämienverbilligung – woher, wohin – ein Ausblick

Warum SVP und FDP im Kantonsrat das Behördenreferendum gegen die Erhöhung des Kantonsanteils ergriffen haben.

Ende 80er-/ Anfang 90er-Jahre herrscht eine ganz ähnliche Situation wie heute. Die Krankenkassenprämien steigen immer mehr und es werden politische Gegenmassnahmen beschlossen. Am 4. Dezember 1994 nahm das neue Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) die Hürde der Volksabstimmung. Bei einer Stimmbeteiligung von 43,77% wurde die Vorlage mit 51,8% Ja-Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde die eidgenössische Volksinitiative «Für eine gesunde Krankenversicherung» mit 76.6% Nein-Stimmen klar verworfen. Mit diesem Urnengang wurde der Schlussstrich unter eine lange Reihe erfolgloser Revisionsanläufe der Krankenversicherung gezogen. Die vorherrschende Skepsis gegenüber dem Versprechen, die Prämien erhöhungen ohne Qualitätsschwund bei der medizinischen Versorgung zu stoppen, kam damals auch bei der SVP zum Ausdruck, die für ein Nein eingestanden war.

Zu den SVP-Argumenten – damals wie heute – gehörte auch die Feststellung, es sei nicht möglich, mit den Massnahmen des Gesetzes zu einer Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu gelangen.



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich Kreis 9

Heute, 30 Jahre später, kann die SVP den Gewerkschaften, dem Konsumentinnenforum, dem Krankenkassen-Konkordat und allen Parteien von SP, Grünen bis hin zur Mitte (damals noch als CVP) und den Liberalen den Spiegel vorhalten. Das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) von 1994 kann die Kosten im Gesundheitswesen und somit die Krankenkassenprämien nicht senken. Auch ist zwei Festlegungen im KVG besondere Beachtung zu schenken, der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Eigenanteil von 8% des steuerbaren Einkommens, welcher nicht überschritten werden sollte. Zudem sollten per Gesetz 30% der Prämienzahler entlastet werden. Um es mit den Worten der damaligen SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss zu sagen; «Das Drittel der tiefen Einkommen soll von den steigenden Krankenkassenprämien mit der IPV entlastet werden.»

Als Zwischenbilanz darf hier eingeworfen werden, Linksgrün hat das gewünschte Gesetz bekommen und die SP hat es seither mit ihrer Gesundheitspolitik geprägt und bewirtschaftet. Nicht zu vergessen die zwölfjährige Amtszeit von SP-Bundesrat Alain Berset, dem heutigen Generalsekretär des Europarates, welcher in diesem Dossier rein gar nichts auf die Reihe gebracht hat.

Zurück zum Kanton Zürich! Wie immer, zur Umsetzung eines Bundesgesetzes, hat der Kanton sein Einfüh-

rungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) erlassen. Auch dieses wurde stark von SP und Grünen geprägt und es fanden unzählige Kommissionssitzungen mit Berechnungen und Grafiken sowie Statistiken statt, um die entsprechenden Parameter korrekt im Gesetz zu fixieren. Einer und nur einer dieser Parameter ist der Kantonsanteil, welcher im Vierjahresdurchschnitt mindestens 80% des Bundesanteils betragen muss. Gestützt auf die Entwicklungen der KK-Prämien berechnet der Bund jährlich in zwei Schritten, Februar und September, diesen Bundesbeitrag für die gesamte Schweiz. Der Regierungsrat wiederum legt dann den kantonalen Anteil, gemessen an den gesetzlichen Vorgaben, im EG KVG fest.

In der Kantonsratsdebatte vom Montag, 7. April 2025, wurde jetzt genau dieser Kantonsanteil aufgegriffen und eine 20%-Erhöhung verlangt.

Das EG KVG des Kantons Zürich kennt viele Parameter und gesetzliche Vorgaben, die bei der Umsetzung eingehalten werden müssen! Wir müssen es also ganzheitlich betrachten und nicht nur auf den Kantonsanteil fokussieren. Diese Erhöhung wird voraussichtlich grosse Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen haben. Wir sprechen hier nicht von einem kleinen Betrag, sondern von mindestens 50 Millionen Franken Mehrkosten pro Jahr. Steuergeld und nichts anderes wird in diesen IPV-Topf geworfen, der 2024 bereits mit über 1300 Millionen Franken gefüllt wurde!



Von links: Die Kantonsräte Lorenz Habicher (SVP), Martin Huber (FDP), Tobias Weidmann (SVP) und Claudio Zihlmann (FDP) mit dem Referendum. Bild: zVg

Die «Bezüger»-Quote, die drei Prämienregionen und die Vorgabe, dass max. 60% der Regionalen Durchschnittsprämie übernommen wird, bleiben im Gesetz unverändert. Die Ratsmehrheit schüttet also mehr Geld (mind. 100% im Vierjahresdurchschnitt, heisst jährlich immer über 100% Kantonsbeitrag!) ins System und verspricht eine Entlastung, die so nicht oder nur marginal erfolgen wird.

Wer also in den Genuss von Prämienverbilligungen kommt, die Eckwerte respektive Voraussetzungen dazu, werden im Gesetz nicht verändert.

Was passiert nun, was sind die Variablen im System? Zum einen sinkt der Eigenanteil an der regionalen Durchschnittsprämie, zum anderen steigt die Einkommensobergrenze, die zum Bezug von IPV berechtigt. Diese Änderung bringt den unteren Einkommen keine

merkliche Entlastung, wird aber dazu führen, dass hohe Einkommen auch Anspruch auf Prämienverbilligungen haben. Diese von allen Parteien ausser SVP und FDP gewollte Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden.

Zudem wird dieses System auch nur noch bis maximal 2028 bestehen, denn mit der Inkraftsetzung des Gegenorschlags zur Prämienverbilligungsinitiative, die Volksabstimmung erfolgte im Jahr 2024, wird eine Systemänderung einhergehen... Dieser grosse und teure Wurf wird also nur von kurzer Dauer sein und mehr schaden als nützen!

Darum haben SVP und FDP im Kantonsrat das Behördenreferendum gegen die unsinnige Anpassung des kantonalen Mindestanteils im EG KVG ergriffen. Das Zürcher Stimmvolk wird noch in diesem Jahr das letzte Wort haben.

Zürcher Untergang verhindern!

Meh Lohn für eusi Lüüt.

JA zur Steuer-senkung



steuersenkung-ja.ch

SVP des Kantons Zürich
IBAN CH17 0900 0000 8003 5741 3





Christoph Mörgeli

Horch, was kommt von draussen rein

Gegenwärtig erklären uns wieder einmal deutsche Zuwanderer, wie es hierzulande funktionieren müsste. Und wie die Schweizer gefälligst zu denken und was sie zu tun haben.

Der aus Berlin stammende Militärgeschichtler Stig Förster lehrte

22 Jahre an der Universität Bern.

Er hat sich mit Bismarck, Moltke, der Wehrmacht und der SS beschäftigt, nur nicht mit Schweizer Geschichte. Doch jetzt erklärt der Professor schneidig, «weil sich die Schweiz von der bewaffneten Neutralität verabschieden muss». Denn sie sei «nur so lange erfolgreich, wie die Nachbarländer sie respektieren». Weiss Förster, dass die «nahezu wehrlose Schweiz» von den Nachbarn demnächst überrannt wird? Dann sollte er diese wehrlose Schweiz schleunigst Richtung nördliche Heimat verlassen.

Der aus Freiburg im Breisgau stammende ETH-Dozent Marcus Keupp belehrt uns so: «Trump ist derzeit Russlands nützlichster Idiot.» Keupp wickelt via Zivildienst dem deutschen Wehrdienst aus, unterrichtet aber heute die Schweizer Berufsoffiziere. Er wusste

«aufgrund mathematischer Berechnungen» schon im März 2023: «Russland wird den Krieg im Oktober verloren haben.» Im März 2022 behauptete Keupp:

«Der Kollaps des russischen Bankensystems ist nur noch eine Frage von Tagen.» Die aus Dresden stammende Journalistin Katja Schönherr lebt in Zürich und titelt: «Der schändliche Umgang der Schweiz mit ihren Ärmsten». Es sei ein «dunkles Kapitel der Schweizer Sozialgeschichte», dass mittellose Menschen einst in Armenhäuser eingewiesen wurden. Nun gibt es gewiss nicht nur helle Kapitel in der helvetischen Vergangenheit. Wie aber wär's, wenn Frau Schönherr diese ins Verhältnis zu den dunklen Kapiteln ihres deutschen Vaterlandes stellen würde? Ja, es gab in unseren Armenhäusern «Klagen über die mangelhafte Kost». Die Schweiz war früher eben ärmer als heute. Unsere Eltern und Grosseltern genossen selten Rindschmorbraten und Henckel Trocken. Warum nur sind all diese Reklamierer in dieses schreckliche Land gezogen? «Wer so sich an der Schweiz muss reiben / Kann gerne auch zu Hause bleiben.»

ES GIBT NICHT NUR DIE EU UND BRÜSEL

Trumps falsche Zollrechnung

Donald Trump berechnet die Handelsbilanzen in absoluten Zahlen statt pro Kopf. Man muss ihm rasch beibringen, dass jeder Schweizer zehnmal mehr amerikanische Waren konsumiert als umgekehrt. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.



Thomas Matter Nationalrat SVP Meilen

Donald Trump berechnet die Handelsbilanzen in absoluten Zahlen statt pro Kopf. Man muss ihm rasch beibringen, dass jeder Schweizer zehnmal mehr amerikanische Waren konsumiert als umgekehrt. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Mit seinem «Zollhammer» hat der amerikanische Präsident Donald Trump weltweit Politik und Wirtschaft geschockt. Wie irreführend seine Milchbuechli-Rechnung für die Schweiz ist, können Sie diesen Zahlen entnehmen: Die Schweiz hat 2024 für 52,7 Milliarden Franken in die USA exportiert und umgekehrt für 14,1 Milliarden importiert. Doch muss man diese Zahlen in Beziehung zur Bevölkerung setzen. Der Schweizer Export macht pro Amerikaner 152 Franken aus, während ein Schweizer für 1562 Franken amerikanische Waren konsumiert – also zehnmal mehr! Damit gehört die Schweiz, gemessen am Pro-Kopf-Konsum, wahrscheinlich zu den besten Kunden der USA, mit einem riesigen Handelsbilanzdefizit pro Konsumenten.

Die Amerikaner kommen auf etwas andere Zahlen, weil sie das Gold als wichtiges Schweizer Exportgut miteinbeziehen. Sie müssten aber bedenken, dass das Gold zuvor in die Schweiz eingeführt und dann hier verarbeitet beziehungsweise raffiniert wurde. Die

Wertschöpfung bei diesem Durchlaufgeschäft ist für uns bescheiden. Aber die Rechnung wäre auch mit dem Goldexport in die USA etwa die gleiche.

Bezüglich der Europäischen Union hat Trump hingegen recht. Die EU exportiert mehr in die USA, als sie importiert. Sie umfasst 448 Millionen Menschen, in den USA leben gut 340 Millionen. Also konsumieren die Europäer auch pro

Kopf deutlich weniger amerikanische Waren als umgekehrt. Auch ist unsere Währungspolitik nicht verfälschend, denn der Franken ist Jahr für Jahr härter als der Dollar. Das müssten unsere Vertreter in den USA deutlich klarmachen – und ausnahmsweise mal schweizerische Interessen vertreten, nicht diejenigen von allen anderen! Die Schweizer Regierung und speziell das

EDA muss endlich damit aufhören, so zu tun, als gäbe es auf dieser Welt nur die EU, sondern sich auch um Länder wie die USA bemühen. Denn die Welt dreht sich – weiss Gott – nicht nur um Brüssel.

In den Sümpfen von Bern

Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Mächtigkeiten in Bern.



Gerade in der aktuellen Situation von Zöllen und Börsenverwerfungen lohnt es sich, die «Sümpfe von Bern» zu schauen.

Bild: zVg

EIN BILDUNGSPOLITISCHER MEILENSTEIN

Überraschender Erfolg für die Förderklassen-Initiative

Der Zürcher Kantonsrat befürwortet die «Förderklassen-Initiative» für lernschwache und verhaltensauffällige Kinder. Mit 96:77 Stimmen sagte der Rat Ja zum Volksbegehren. Das System der integrativen Schule ist an seine Grenzen gestossen.



Reinhard Wegelin Alt Parteisekretär Pfäffikon

Die integrative Schule wurde in der Deutschschweiz vor gut zehn Jahren eingeführt. Jetzt werden die Schwächen des Systems immer deutlicher: Lehrpersonen sind stark mit Koordinations- und Administrationsaufwand belastet, eine Vielzahl an Lehr-, Erziehungs- und Therapiefachkräften sowie uneinheitliche Lernprogramme sorgen für Unruhe in den Klassen und die Schule kann den

Anforderungen von Kindern mit besonderen Bedürfnissen oft nicht mehr gerecht werden. Die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet und der Druck auf Lehrpersonal und insbesondere auch auf die Kinder steigt.

Stärkung des Schulsystems

Mit dieser kantonalen Volksinitiative soll eine qualitativ hochwertige Bildung für alle und eine Schule mit Zukunft angestrebt werden. Im Vorfeld der Debatte hatte sich die kantonsrätliche Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) für die Initiative ausgesprochen. Damit könne «Ruhe in die heute unruhigen Klassenzimmer einkehren», argumentierte sie.

Hinter der Initiative stehen vor allem Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP und GLP. Das integrative Schulsystem könne den Bedarf nicht mehr ausreichend abdecken, argumentierte die GLP im Kantonsrat. Es brauche ein nachhaltiges Konzept und eine nachhaltige Entlastung der Lehrpersonen.

Regierung und Linke waren dagegen

Die Regierung stellte einen Gegenvorschlag gegenüber. Dieser wollte mehr «erweiterte Lernräume für auffällige und störende Kinder». Die Initiative ziele auf einen Grundpfeiler der Volksschule, argumentierte der Regierungsrat zusammen mit dem weitgehend linken

Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband, Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zürich, Verband Fachleitungen Sonderpädagogik, Verband Zürcher Schulpräsidenten sowie dem Vorstand des Verbandes der Elterngremien.

Kinder und Lehrer profitieren

Für die SVP sprach in der Kantonsratsdebatte unter anderem Anita Borer: «Wir wollen wieder zu den Besten gehören.»

«Die integrative Schule ist an die Grenzen gestossen.»

Es braucht wieder Kleinbeziehungsweise Förderklassen als niederschwelliges Angebot zwischen den Regelklassen und den gänzlich separat geführten Sonderschulen. Davon profitieren in erster Linie unsere Kinder, jedoch auch die Lehrerinnen und Lehrer und die Gemeinden. Letztlich erhöht es nämlich die Qualität unserer Volksschule.»

Kosten ohne Qualität

Die Vertreter der Initiative wiesen im Kantonsrat noch auf ein anderes Argument hin. Die Versprechen, nämlich dass die Zahl der extern in Sonderschulen beschulten Sonderschüler sowie die entsprechenden Kosten mit der integrativen Schule reduziert werden könnten, seien nie eingehalten worden. Seit Jahren stiegen in allen Bereichen die Kosten, ohne dass die Qualität des Unterrichts sich wirklich verbessert habe.

Der Regierungsrat wird nun beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, die dem Begehren der Initiative entspricht. Es ist damit zu rechnen, dass das Volk das letzte Wort dazu haben wird.



Die Förderklassen-Initiative erhöht die Qualität unserer Volksschule.

Bild: www.schule-mit-zukunft.ch

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Gesundheit kostet und die Kosten steigen – leider keine neue Erkenntnis

Das Einzige, was auch die heutige Debatte klar zeigte, ist die Tatsache, dass sich die Arbeitshypothese von steigenden Kosten im Gesundheitswesen leider bestätigt hat.



Romaine Roggenmoser
Kantonsrätin SVP
Büllach

Beim Thema Oberaufsicht über den Notfalldienst gab es keine lange Diskussion. Dem Kantonsrat wird mit dieser Gesetzesänderung, die auf einer Motion der AL, SVP und Grünen beruht – also einer «unheiligen Allianz» –, die Oberaufsicht über die Organisation und die Durchführung des Notfalldienstes zugewiesen.

FDP und SVP ergreifen das Referendum

Die Gesetzesanpassung, um den Kantonsanteil bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) von 80 auf 100 Prozent des Bundesbeitrags zu erhöhen, wurde mittels Parlamentarischer Initiative von SP, Grünen, AL und EVP gewünscht. Die SVP und die FDP wiesen vor der Schlussabstimmung darauf hin, dass diese Gesetzesänderung keine Entlastung bei den mittleren und tieferen Einkommen bringt. Mit der Systemänderung profitieren vor allem die gut bis sehr gut verdienenden Bürger von diesem Giess-

kannenprinzip, das den Steuerzahler zusätzliche 50 Millionen Franken kosten wird. Neu wird IPV an Leute ausbezahlt, die bis zu 180 000 Franken verdienen. Das kann unmöglich im Sinne des Erfinders sein. Es liegt in der Natur der Sache, dass die linke Seite natürlich nicht erfreut war und den Bürgerlichen Kleinlichkeit und sogar Geiz unterstellt. SVP und FDP ergriffen das Kantonsratsreferendum.

Umstrittene Fristerstreckung

Umstritten war – was ausserordentlich ist – die Fristerstreckung zur Beantwortung der Motion zu Führungsorganen der Anstalten. Auch wenn die SVP der Überweisung der Motion nicht zugestimmt hat, so ist sie klar der Meinung, dass der Regierung die nötige Zeit für die Beantwortung der Motion gewährt werden soll. Mit der Motion wird der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat in einer Sammelvorlage die nötigen Gesetzesanpassungen für klarere Kriterien zur Bestellung der Führungsorgane der selbstandigen kantonalen Anstalten zu unterbreiten. Eine Kommissionsminderheit (SP, GLP, Grüne und AL) ist der Auffassung, dass es dem Regierungsrat möglich gewesen wäre, dem Kantonsrat fristgerecht einen Antrag

vorzulegen. In der Schlussabstimmung fand sich eine äusserst knappe Mehrheit (86 zu 86) gegen die Fristverlängerung, sodass die Regierung jetzt rasch Lösungen anbieten muss.

Beim Postulat zur Entlastung von Eltern schwerkranker Kinder hat der Regierungsrat seinen Bericht vorgelegt. Dieser wird mehrheitlich gutgeheissen und die Abschreibung des Postulats wurde ohne Ergänzungsbericht – wie von einer Minderheit gefordert – beschlossen. Der Kantonsrat hat 6 Millionen Franken für das Kinderhospiz Flamingo gesprochen, welches 2026 seinen Betrieb aufnehmen wird. Die Gesundheitsdirektion begleitet und unterstützt dieses Projekt.

Weitere Vorstösse zu Gesundheitsthemen

Bis zum Ende der Sitzung hat sich der Kantonsrat noch mit ein paar weiteren Vorstössen zu Gesundheitsthemen befasst. Gemeinsam behandelt, da inhaltlich in eine ähnliche Richtung zielend, wurden die Motionen betreffend «Überarbeitung Gesetzgebung Pflege» und «Neues Pflege- und Betreuungsgesetz; Totalrevision Pflegegesetz». Der Regierungsrat beantragt beide Motionen zur Ablehnung. Die FDP (Mehrheit) findet, dass es Zeit ist, die Gesetzgebung zur Pflege zu überarbeiten. So hat sich die medizinische Grundversorgung von stationär zu ambulant verschoben. Auch die Umsetzung der Pflegeinitiative und das Thema palliative Versorgung rufen nach neuen Lösungen. Auch die ähnlich gelagerte Motion seitens SP kreist um dieselben Themengebiete. Kein Wunder also, dass gleich beide Motionen – entgegen der Forderung der Regierung und der SVP – eine grosse Mehrheit im Rat fanden.

Mit dem Pilotprojekt «Gesundheitszentrum Plus» erhofft sich die SP vermehrte Interdisziplinarität bei Gesundheitsthemen. Auch die bürgerliche Seite begrüsst im Grundsatz die Koordination der verschiedenen Angebote. Aber ein Bericht, wie im Postulat gefordert, löst das Problem der fehlenden Koordination nicht. Auch dieses Postulat wurde – entgegen der Haltung der SVP und der FDP – überwiesen.

Die Frage der Grünen, ob unser Gesundheitswesen krank ist, konnte der Kantonsrat nicht beantworten. Oder besser: Links und Rechts konnten sich nicht auf eine gemeinsame Einschätzung einigen.



Die Kosten im Gesundheitswesen steigen weiter.

Bild: Pixabay

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Leidiges Vorpreschen ...



Susanna Lisibach
Kantonsrätin SVP
Winterthur

An der Kantonsratsitzung vom vergangenen Montag stand die Gesundheitspolitik im Fokus. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit reichte ein Postulat für die Schaffung einer stationären Einrichtung zur temporären Entlastung von pflegenden Angehörigen schwerkranker Kinder ein. Das Flamingo in Fällanden wird diese Aufgabe übernehmen. Emotional wurde es, als das Kinderhospiz Flamingo und dessen Finanzierung thematisiert wurde. Leider ist, wie so oft, genau das der Knackpunkt. Obwohl der Regierungsrat in seinem Bericht alles dargelegt hatte, wollten SP, Grüne und AL einen zusätzlichen Bericht, welcher die möglichen Finanzierungsmöglichkeiten abbilden sollte. Da das Flamingo aber seinen Betrieb voraussichtlich erst Ende Jahr aufnimmt, wäre ein Zusatzbericht wie das Lesen in der Kristallkugel. Der Zusatzbericht hätte unnötigen Aufwand generiert ohne grossen Nutzen. Was bereits gesagt werden kann, der Kanton kann nicht für

die Restkosten einspringen, dafür fehlt die gesetzliche Grundlage. Mittelfristig wird aber eine angepasste Finanzierung der Palliative Care auf nationaler Ebene erwartet.

Leider wurde das Postulat «Gesundheitszentrum Plus» überwiesen, obwohl die Argumente klar dagegensprachen. Durch die Änderung des Pflegegesetzes im Jahr 2012 kam es im Kanton Zürich zur vollständigen Trennung der Zuständigkeiten der öffentlichen Hand in der Spital- und Pflegeversorgung, welche bei diesem Postulat wieder in die Gesundheitszentren integriert werden soll. Die Aufgabenteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton hat sich aber bewährt. Die fachgerechte Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner ist durch die Gemeinde sicherzustellen und ist nicht Aufgabe des Kantons. Das im Postulat aufgeführte Beispiel des Kantons Waadt ist nicht vergleichbar mit dem Kanton Zürich, da es andere Verantwortlichkeiten zwischen Kanton und Gemeinden in der Gesundheitsversorgung gibt. Der Nationalrat hatte schon vor einiger Zeit ein Geschäft zu diesem Thema behandelt und nach Meinung der SVP wäre es sinnvoll gewesen, diese Entwicklung abzuwarten. Aber die linken Parteien inklusive der Mitte waren anderer Meinung.



Das Flamingo in Fällanden wird 2026 seinen Betrieb aufnehmen. Es bietet Entlastung für pflegende Angehörige von schwerkranken Kindern.

Bild: Pixabay

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Der nächste Erfolg der SVP, jetzt «aus den Puschén kommen»!

Bereits ist schon wieder das erste Quartal dieses Jahres vorbei. Am 18. Mai steht uns der nächste Abstimmungskampf bevor. Die aktuelle Weltlage mit Börsenverwerfungen und Zolldiskussionen bestimmt die Medienberichterstattung. Im Kanton Zürich können wir zwar die Weltpolitik nicht bestimmen, aber die Zukunft des Kantons Zürich am 18. Mai in die richtigen Bahnen lenken. Dafür gilt es, die Hauptphase des bevorstehenden Abstimmungskampfes zielgerichtet zu nutzen.

Im Kanton Zürich hat die Zürcher SVP mit Unterstützung der bürgerlichen Allianz rund die Hälfte der angestrebten kontradiktorischen Podien organisiert. Auch zahlreiche Sektionen nehmen die Abstimmung von Mitte Mai zum Anlass, sich der Stimmbewölkerung wieder zu zeigen und ihr mittels Standaktionen die Wichtigkeit unserer Partei und auch das notwendige JA zur Steuervorlage vor Augen zu führen.

Bislang haben wir einen eher «ruhigen» Jahresverlauf gehabt, so hat die Abstimmung vom Februar 2025 nicht sehr viele Aktivitäten unsererseits benötigt. Für die kommenden Monate müssen wir jetzt aber wieder «aus den Puschén kommen» und unser Engagement und unsere Präsenz wieder spürbar hochfahren.

Abstimmungen 2025/2026

In den nächsten Abstimmungsterminen im Herbst und Winter stehen einige richtungweisende Entscheide auf kantonalen, aber auch nationaler Ebene an, die eine grosse Unterstützung aller Zürcher SVP-Mitglieder benötigen. Am Montag hat die SVP – zusammen mit der FDP – ein weiteres Referendum gegen einen Kantonsratsentscheid lanciert. Dieses Referendum wird der Stimmbewölkerung ermöglichen, darüber abzustimmen, ob weitere Krankenkassenverbilligungen im Giesskannen-Prinzip erfolgen sollen. Neben die-

sem Abstimmungskampf werden wir unter anderem ebenfalls für die Verkehrsbegehren (Mobilitäts- bzw. ÖV-Initiativen), aber gegen Netto-Null 2040 zu kämpfen haben. Sie sehen, unsere Arbeit für einen zukunftsgerichteten Kanton Zürich geht uns nicht aus.

Aber auch die seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, diskutierte Abschaffung des Eigenmietwertes wird aufzeigen, wie es mit der bürgerlichen Politik steht. Die SVP konnte schweizweit in allen kantonalen Wahlen seit der letzten Nationalratswahl im Herbst 2023 überaus deutlich zulegen. Diesen Schwung gilt es, für die nächsten Abstimmungen mitzunehmen. Am kommenden Wochenende wird sich auch zeigen, ob es im Kanton Solothurn gelingen wird, im 2. Wahlgang der SVP-Kandidatin die Wahl zur Regierungsrätin zu ermöglichen.

Kommunalwahlen März/April 2026

In weniger als einem Jahr haben bereits die ersten Kommunalwahlen 2026

stattgefunden oder werden – in einigen Gemeinden – am Sonntag, 12. April 2026, stattfinden. Gerade für diese Wahlen, die als Gradmesser verstanden werden können, gilt es, SVP-Mandats-träger in die Exekutiven von Gemeinden oder als Gemeinderäte ins Parlament zu wählen.

Die am 22. März durchgeführte Kader-tagung der SVP des Kantons Zürich hat gezeigt, dass unsere Sektionen motiviert sind, die nächsten Wahlerfolge einzufahren. Dies bedingt aber, dass Sie als SVP-Parteimitglied Ihrer Sektion die notwendige Unterstützung bieten können. Jede unserer Sektionen ist dankbar, wenn Sie sich an Standaktionen beteiligen, helfen, weitere Unterschriften zu sammeln, oder auch in ihrem persönlichen Umfeld unsere Politik weiterverbreiten. So erreichen wir stimmberechtigte Personen ausserhalb unserer politischen Basis, die für das richtige Resultat am Abstimmungs- bzw. Wahlsonntag wichtig sind.

GSI-Unterschriftensammlung

Wir sind kurz vor unserem Ziel, noch fehlen wenige hundert Unterschriften. Damit wir dieses Thema Ende April/Mitte Mai für den Kanton Zürich in den Hintergrund rücken lassen können, danke ich Ihnen für jede weitere Unterschrift, die Sie in Ihrem Umfeld noch sammeln und umgehend einschicken.

Ich bin überzeugt, dass wir – mit Ihrer Hilfe und Unterstützung – ein erfolgreiches Jahr 2025 haben werden. Herzlichen Dank für all Ihre Bemühungen. Und neben all diesen Aufgaben geniessen wir auch die frühlingshafte Zeit.



von
Marco Calzimiglia

SVP MÖNCHALTORF

Podiumsdiskussion zum EU-Rahmenvertrag

Die Podiumsdiskussion vom 8. April im Mönchhofsaal in Mönchaltorf konnte pünktlich um 20.00 Uhr mit ca. 50 interessierten Besuchern eröffnet werden.

In einer ersten Runde bekamen die beiden Vertreter der Pro- und Contra-Position zum EU-Rahmenvertrag ca. 10 Minuten Zeit, ihre Position darzulegen. Auf der Seite der EU-Rahmenvertrags Befürworter stand Benno Scherrer der GLP Uster. Er erklärte den Anwesenden, aus welchem Grund die Schweiz einen solchen Vertrag mit der EU benötigen würde. Für die GLP scheint es wichtiger zu sein, einen Vertrag zu haben, auch wenn er nicht optimal ist, als in einem vertragslosen Zustand mit dem wichtigsten Handelspartner zu stehen. Auf der Seite der Gegner des EU-Rahmenvertrages hat Mauro Tuena sich klar zu der Eigenständigkeit der Schweiz ausgesprochen, denn der Rahmenvertrag kommt einem verkappten EU-Beitritt nahe. Interessanterweise sprechen sich beide Seiten tendenziell dafür aus, dass der EU-Rahmenvertrag für eine gute Akzeptanz im Volk unbedingt dem Volk und den Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden müsste. Dies ist ja auch der eigentliche Sinn der Kompass-Initiative! In der anschliessenden Runde konnten sich die Besucher der Veranstaltung mit Fragen an die beiden Herren wenden. Erfreulicherweise war ein sehr engagiertes Publikum im Saal anwesend. Ich hatte mir für den Fall, dass wenig oder gar keine Fragen aus dem Publikum kommen würden, viele Fragen vorbereitet, die aber weitgehend nicht benötigt wurden. Die Fragerunde hätte durchaus noch länger fortgesetzt werden können, da aufgrund von Antworten auf Fragen neue Fragen aufgeworfen wurden. Es war toll, dass eine solche, doch recht kontroverse Diskussion mit viel Respekt und beiderseitigem Interesse durchgeführt werden konnte. Auch die Voten und Fra-



NR Mauro Tuena und KR Benno Scherrer bei ihren Pro- bzw. Contra-Voten. Bild: zVg

gen aus dem Publikum zeigten mir, dass die Anwesenden Personen sich mit der Materie doch schon recht auseinandergesetzt haben. Es wird sicher bald noch weiter interessant werden, wenn die Vertragspunkte offengelegt werden und man etwas mehr im Detail sehen kann, was alles in diesem Rahmenvertrag festgehalten wird. Insgesamt hatte ich das Gefühl, dass eine recht grosse Skepsis bezüglich des Vertrages vorhanden ist, weil er trotz der pompösen Übergabe am 20. Dezember 2024 in Bern noch immer nicht einsehbar ist. Auch der Bundesrat und das Parlament tun sich schwer und sind sich sehr unsicher, wie der Vertrag beim Volk ankommen wird. Das ist ja auch der Grund, weshalb versucht wird, den Vertrag am doppelten Mehr (Volk und Stände) vorbeizumanövrieren. Daraus

ist ja auch die Kompass-Initiative entstanden.

Im Anschluss an die Fragerunde trafen sich die Besucher und die beiden Referenten noch zu einem kleinen Apéro, an dem die Fragen und Aussagen weiter diskutiert wurden. Insgesamt kann ich sagen, dass es ein gelungener Anlass der SVP Mönchaltorf war. Es konnten auch einige Unterschriften für die Kompass-Initiative gesammelt werden.

Ich danke den beiden Referenten, dem anwesenden Publikum und den Helfern, die diesen Anlass ermöglicht haben. Ich würde mich auch freuen, wenn wir bei künftigen solchen Veranstaltungen wieder ein so interessantes Publikum begrüssen könnten.

Charles Vogt,
Präsident SVP Mönchaltorf

SVP BEZIRK HINWIL

Oberland im Dialog: Facettenreiche Debatte zur Steuervorlage 17

Am Abend des 8. April fand in Wetzikon eine kontradiktorische Podiumsdiskussion zur anstehenden Steuervorlage im Kanton Zürich statt. Die Veranstaltung, organisiert von der SVP Bezirk Hinwil, bot den Bürgern eine Plattform, um die Vor- und Nachteile der Steuersenkung für juristische Personen eingehend zu beleuchten.

Argumente für eine Steuersenkung

Unter der Moderation von Christian Brändli, ehemals Chefredaktor der ZO Medien, traten Vertreter beider Lager auf. Auf der Befürworterseite vertrat SVP-Kantonsrat Marcel Suter gemeinsam mit Kantonsrätin Cristina Cortellini (GLP) die Auffassung, dass die Steuervorlage einen modernen Impuls für den Kanton setzt. Die Befürworter argumentierten, dass niedrigere Steuern nicht nur zu einer direkten finanziellen Entlastung von Privathaushalten und Unternehmen führten, sondern auch die Kaufkraft stärkten. Weitere zentrale Argumente seien der Abbau von Verwaltungskosten, die Schaffung eines schlanken, transparenten Steuer-

systems und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Zudem bewirke die Vorlage einen Anreiz für private Investitionen und Innovationen, indem sie die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum optimierte. Der Kanton Zürich muss im nationalen Vergleich steuerlich attraktiver werden, um Abwanderungen von Unternehmen und Fachkräften zu verhindern.

Kritik an der Vorlage

Im Kontrast dazu warnten Kantonsrat Harry Brandenberger (SP) und Kantonsrat Benjamin Walder (Grüne) vor negativen Konsequenzen. Sie verwiesen darauf, dass eine Steuersenkung ohne adäquate Gegenfinanzierung zu Einnahme-

verlusten führen könne, was letztlich Einschnitte in wichtige öffentliche Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit nach sich ziehen würde. Die Kritiker befürchteten zudem, dass eine zu starke fiskalpolitische Entlastung die langfristige finanzielle Stabilität gefährden und künftige Generationen belasten könne.

Zusätzlich wurde darauf hingewiesen, dass insbesondere Personen mit hohem Einkommen am meisten von der Steuersenkung profitieren würden, während einkommensschwächere Haushalte kaum spürbare Entlastungen hätten. Die Gegner der Vorlage warnten vor einem Risiko, dass der Kanton auf lange Sicht weniger Spielraum für Investitionen in Infrastruktur und Sozialleistungen hätte.

Engagiertes Publikum und reger Austausch

Die Podiumsdiskussion bot einen fundierten Einblick in die Kernpunkte der Debatte und machte deutlich, wie vielschichtig die Argumente beider Seiten sind. Während die Befürworter vor allem auf wirtschaftliche Impulse und Wettbewerbsvorteile setzten, lag der Fokus der Gegner auf fiskalischer Nachhaltigkeit und der Sicherung öffentlicher Leistungen. Ein interessiertes Publikum verfolgte die Diskussion aufmerksam und stellte viele Fragen, die im Anschluss an die Veranstaltung bei geselligem Apéro weiter diskutiert wurden.



V.l.n.r.: Marcel Suter, René Schweizer, Cristina Cortellini, Christian Brändli, Harry Brandenberger und Benjamin Walder

Bild: Adrian Wegmann

AUFSUCHENDER DIENST FORENSIC NURSES

Zürcher Modell: Ein bedeutender Schritt in der Opferbetreuung

Vor einem Jahr nahm der Kanton Zürich den «Aufsuchenden Dienst Forensic Nurses» in Betrieb – ein innovatives Modell in der forensischen Opferbetreuung. Mit diesem Pilotprojekt wird Opfern sexueller und häuslicher Gewalt eine niederschwellige und professionelle Unterstützung geboten, die es ihnen ermöglicht, auch ohne Strafanzeige Spuren von Gewalt zu sichern. Zum einjährigen Bestehen zieht der Zürcher Regierungsrat eine positive Zwischenbilanz.

Das Modell verfolgt das Ziel, allen Opfern von sexueller und häuslicher Gewalt, unabhängig von Alter und Geschlecht, eine professionelle Unterstützung zu bieten. Zum einjährigen Bestehen zog der Zürcher Regierungsrat eine positive Zwischenbilanz, die den Erfolg des Projekts und die Synergien zwischen den beteiligten Direktionen hervorhob. Der Dienst wird in enger Zusammenarbeit mit der Gesundheitsdirektion, der Direktion der Justiz und des Innern, der Bildungsdirektion sowie der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich umgesetzt.

Regierungsrat zieht positive Zwischenbilanz

Der «Aufsuchende Dienst Forensic Nurses» ist dem Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich angegliedert. Hier arbeiten speziell ausgebildete Pflegefachpersonen – sogenannte Forensic Nurses – und stehen den Opfern an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung. Sie rücken in die Notaufnahmen der Zürcher Spitäler aus, um Spuren von sexueller oder häuslicher Gewalt zu sichern. Dies schliesst eine Lücke in der Opferbetreuung, da es den Betroffenen ermöglicht, auch ohne Anzeige Beweise zu sichern. Seit seiner Inbetriebnahme hat der Dienst bereits bei rund 200 Gewaltopfern Spuren gesichert und in rund 170 Fällen telefonische Unterstützung geleistet. Besonders hervorzuheben ist, dass in diesem ersten Jahr des Projekts 21 Opfer nachträglich eine Strafanzeige erstatteten. Zum Vergleich: In den 13 Jahren zuvor, in denen die Spurensicherung durch Spitalpersonal erfolgte, gab es nur eine einzige nachträgliche Strafanzeige. Zusätzlich vernetzen die Forensic Nurses die Gewaltbetroffenen mit der Opferberatung und sensibilisieren das

medizinische Fachpersonal sowie die beteiligten Fachorganisationen für die frühzeitige Erkennung von sexueller und häuslicher Gewalt.

Regierungspräsidentin und Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli, die sich bereits in ihrer Zeit als Nationalrätin für eine konsequente strafrechtliche Verfolgung eingesetzt hat, hebt hervor: «Das Zürcher Modell ist ein innovativer Schritt in der Opferbetreuung und setzt neue Massstäbe in der Versorgung von Gewaltopfern. Die Zwischenbilanz ist positiv. Neben der besseren Betreuung der Opfer hat das Modell auch die strafrechtliche Verfolgung von Gewalttaten gestärkt, was zusätzlich präventiven Charakter besitzt.»

Aufklärung und Beweissicherung für Gewaltopfer

Der «Aufsuchende Dienst Forensic Nurses» wird als Pilotprojekt bis Ende 2026 geführt und kontinuierlich evaluiert. Bereits jetzt zeigt sich, dass das Modell eine wertvolle Unterstützung für Gewaltopfer bietet und ein wichtiger Bestandteil in der Bekämpfung von sexueller und häuslicher Gewalt ist. Die positive Zwischenbilanz des ersten Jahres bildet eine gute Grundlage für die zukünftige Weiterentwicklung des Modells und dessen Integration in die Regelstrukturen. Das Ziel für das laufende Jahr ist es, das Modell weiter bekannt zu machen und vor allem auch die breite Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass Opfer von Straftaten in den Zürcher Spitälern die Möglichkeit haben, Spuren professionell sichern zu lassen – unabhängig davon, ob sie sich sofort für eine Strafanzeige entscheiden oder nicht.

Gesundheitsdirektion Zürich



Das «Zürcher Modell» erfordert eine enge Koordination zwischen Regierungspräsidentin und Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli, Bildungsdirektorin Silvia Steiner, Justizdirektorin Jacqueline Fehr und Sicherheitsdirektor Mario Fehr (v.r.n.l.).

Bild: zVg

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Seraina Billeter,
Gemeinderätin SVP, Bubikon

SVP DIETIKON

90. Generalversammlung SVP Dietikon mit klaren Botschaften

Am 7. April 2025 fand bei schönstem Frühlingswetter die 90. Generalversammlung der SVP Dietikon statt. Präsident Rochus Burtscher durfte 23 Mitglieder sowie hochrangige Gäste begrüßen, darunter Gemeinderatspräsident Koni Lips, Stadtpräsident Roger Bachmann, Schulpräsidentin Mirjam Peter, Bezirksrichter Andreas Eggenberger, mehrere Gemeinderäte und zahlreiche langjährige Mitglieder.

Bereits vor der offiziellen Eröffnung wurden die Anwesenden durch Gemeinderat Mathias Wischenbart mit Cervelats, Kalbsbratwürsten, Feuerwehrrwürsten und Bier verpflegt. Pünktlich um 19.00 Uhr konnte die Generalversammlung starten.

In seinem Jahresbericht blickte der Präsident auf ein ereignisreiches Jahr zurück: Politische Unsicherheiten, Migrationsdruck, Wohnungsnot und Fragen der Versorgungssicherheit prägten sowohl die lokale, kantonale als auch die nationale Politik. «Unsere SVP-Themen sind aktueller denn je», betonte Burtscher. Anschliessend gab Fraktionschef Koni Lips einen Überblick über die politischen Erfolge des Jahres 2024: Die SVP Dietikon hat zwei Vorstösse eingereicht: «Wegen der Erhöhung des Eigenmietwerts und zur Aufhebung der baulichen Massnahmen bei der Zufahrt zur Stadthalle!» Zusätzlich konnte eine kleine Steuerreduktion durch den Gemeinderat erwirkt werden. Kassier Sandro Strässle präsentierte zudem eine solide Jahresrechnung 2024 der SVP Dietikon. Nach rekordverdächtigen 20 Minuten waren die statutarischen Geschäfte beendet.

Im Rahmen von zwei Kurzreferaten informierte der Präsident über aktuelle Themen: Die bevorstehende Abstimmung zur Steuervorlage 17 am 18. Mai



Interessiert folgen die Mitglieder den Ausführungen anlässlich der Generalversammlung.

Bild: zVg

2025 sowie die jährlichen Bildungsausgaben des Kantons Zürich von über 2,7 Milliarden Franken netto.

Der Präsident übergab das Wort an Partei-Mitglied Peter Jüstel, der zur geplanten Asylunterkunft an der Schöneeggstrasse 38 berichtete. Er erläuterte, dass für den Bau und die Mietkosten mehr als zwei Millionen Franken nur schon im ersten Jahr und über neun Millionen Franken über 20 Jahre vorgesehen sind. Rund 90 engagierte Bürgerinnen und Bürger um Peter Jüstel haben sich bereits organisiert, um sämtliche Rekursmöglichkeiten auszuschöpfen und das fakultative Referendum zu ergreifen.

Die anschliessende Diskussion zeigte eine klare Haltung: Dietikon trägt

heute schon einen überproportional grossen Anteil der Asylbelastung. Dietikon darf nicht weiter belastet werden – insbesondere angesichts der Tatsache, dass gleichzeitig Bundesasylzentren geschlossen werden. Die klare Botschaft an Bundesrat Beat Jans: «So nicht!»

Die SVP Dietikon blickt mit grossem Engagement auf die kommenden Jahre und setzt sich weiterhin für die Interessen der Stadt Dietikon, ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie für die Werte der Schweiz ein. Die Versammlung endete gegen 21.30 Uhr.

Rochus Burtscher,
Kantonsrat SVP,
Dietikon

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR:

Rechnung 2024 der Stadt Winterthur: Sparen gehört nicht zur DNA des Stadtrates

Die Rechnung 2024 der Stadt Winterthur schliesst gemäss Mitteilung des Stadtrates mit einem Überschuss von 42 Millionen Franken ab. Nach Korrektur eines buchhalterischen Effekts aufgrund der Sanierung der Pensionskasse bleibt ein Überschuss von 19 Millionen Franken.

Dieser Überschuss ist erfreulich und wird dringend benötigt, gilt es doch, das Eigenkapital für die anstehenden riesigen Investitionen zu stärken. Dies reicht allerdings nicht. Es sind endlich spürbare Sparmassnahmen vorzunehmen, sonst droht ein Finanzierungsengpass. Die geplanten Schulhäuser oder die neuen Kehrrichtverbrennungs- und Abwasserreinigungsanlagen sind für Winterthur sehr wichtig und müssen finanziert werden. Es müssen Hunderte Millionen Franken investiert werden.

Zum Sparen gehört die Überprüfung von Standards, wie zum Beispiel die Vorgabe für Nebenräume bei Schulzimmern.

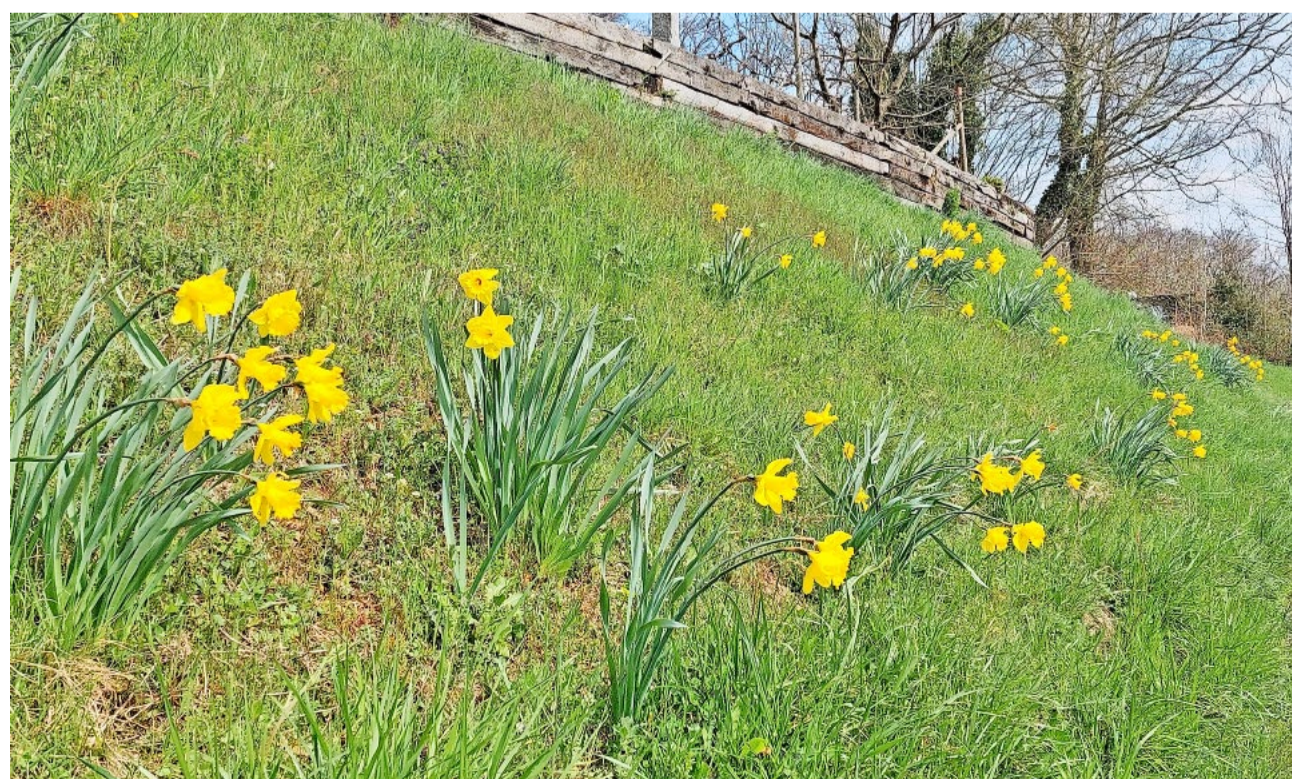
In der Regel gibt es mehr Nebenräume als Schulzimmer. Standards sind in vielen Fällen sinnvoll, dienen aber häufig als bequeme Ausrede für Luxuslösungen.

Der Stadtrat hat bei der Präsentation der Rechnung 2023 eine «strikte Priorisierung der Bedürfnisse» versprochen. Dieser Satz findet sich wiederum bei der Rechnung 2024. Davon ist leider nichts zu spüren – ein echtes Problem! Gegen die von der SVP unterstützte und vom Stadtparlament beschlossene Priorisierung der Schulhäuser hat sich der Stadtrat massiv gewehrt. Sollte der Stadtrat tatsächlich Prioritäten setzen, so macht er dies äusserst diskret. Vertrau-

en schaffen geht anders. Eine Veröffentlichung der Priorisierung würde Klarheit schaffen.

Nachdem das Stadtparlament im Dezember 2024 das Budget 2025 mit einem Volumen von 1700 Millionen Franken um sieben Millionen Franken gekürzt hatte, wehrte sich der Stadtrat mit einer Aufsichtsbeschwerde gegen den Parlamentsbeschluss. Sparen gehört definitiv noch nicht zur DNA des Stadtrates.

Christian Hartmann,
Stadtparlamentarier,
Präsident der Aufsichtskommission



Frühling, wohin man schaut.

Bild: zVg

ABGESETZTER STÄNDERAT

Nur mit Wohnsitz im Kanton

Oft werde ich gefragt: «Was sagen Sie zur Absetzung von Ständerat Stocker durch das Bundesgericht?» Meine Antwort: «Selbstverständlich muss diese Wahl annulliert werden, wenn der Rechtssatz gilt, wonach der Schaffhauser Ständerat nur mit Wohnsitz im Kanton gewählt werden kann.»



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Simon Stocker (SP) hat aber am Wahltag mit Frau und Kind in Zürich gewohnt. Das ist nichts Böses des Schaffhausers, aber er durfte so nicht Ständerat werden.

Seltsam ist nur, dass es dazu eines Gangs bis vor Bundesgericht bedurfte. Eigentlich hätten schon die Schaffhauser Regierung und das Obergericht Ordnung schaffen müssen. Jetzt, nach ergangenem Urteil, zeigt sich die heutige Verkluderung: Stocker selber akzeptiert zwar das Urteil, findet es aber eine Sauerei, denn es beruhe auf einem veralteten Familienmodell. Wenn Ex-Ständerat Stocker das wirklich findet, hätte er als Politiker versuchen müs-

sen, den ihm unliebsamen Passus aus der Schaffhauser Kantonsverfassung zu streichen. Er tat es nicht, weil das mühsam ist und weil er wohl auch nicht durchgedrungen wäre. Denn die Kantone legen Wert darauf, dass der Ständerat seinen Kanton auch im Alltag kennt. Und wie soll ein Ständerat Schaffhausen näher kennen, wenn er in Zürich oder in Bern wohnt?

Auch behauptet Stocker jetzt, er wohne ja mittlerweile in Schaffhausen. Das alles sind Schlaumeiereien, die sich Politiker leisten, um sich über das Gesetz zu erheben. Aber wehe einem Bürger, der falsch parkiert! Er erhält eine saftige Busse und muss sie rasch bezahlen.

Die Wohnsitzpflicht gilt übrigens nur für Ständeräte, nicht für Nationalräte. Diese können leben, wo sie wollen. Sogar im Ausland, wie der frühere SP-Nationalrat Tim Guldemann (SP) bewiesen hat – er wohnt und lebt in Berlin.



Selbstverständlich muss die Wahl annulliert werden.

Bild: parlament.ch



Kulinarik und Unterhaltung im Haus der Freiheit
Freitag, 27. Juni 2025, ab 19:30 Uhr
Landgasthaus Sonne
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel SG

«Scheiss-Bullen»

Andi Widmer

über das Feindbild Polizei

Andi war 38 Jahre Polizist in Zürich, zuerst Streifenwagenfahrer, danach Szenekenner. Sein erstes Buch «Scheiss-Bullen» stiess auf grosses Interesse. Im Vortrag eingebunden ist ein Potpourri über sein Leben, seine Bücher und die Gründe weshalb er zur SVP Sektion Laufen-Uhwiesen stiess.

Gastgeber: Toni Brunner und Esther Friedli

Inkl. Drei-Gang-Menu / Eintritt pro Person CHF 77.-

Anmeldungen:

Mail: info@hausderfreiheit.ch oder Tel: 071 993 10 01



Fadegrad

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

von
Anita Borer

Doppelmoral linker Frauen

Anfang März rief mich eine Journalistin des «Zürcher Oberländer» an. Sie fragte mich: «Frau Borer, wir suchen verschiedene Meinungen zum 8. März. Was halten Sie von diesem Tag?» Ihre Frage implizierte, dass man diesen Tag selbstverständlich kennen müsse. Wieso also sagt er mir nichts? Auf meine Rückfrage, was denn an diesem Tag speziell sei, antwortete sie mir, dass es sich um den internationalen Frauentag handle. Spontan antwortete ich, dass dieser Tag für mich keine Bedeutung habe. Darauf folgte ein Interview mit diversen Fragen zum Thema Gleichstellung: Fühle ich mich als Frau benachteiligt? Haben wir festgefahrene Rollenbilder? Braucht es den Einsatz für Frauenrechte noch? Meine Meinung zu diesem Thema ist klar: In der Schweiz sind Mann und Frau gleichberechtigt. Frauen, die in unserem Land das Gegenteil behaupten, suhlen sich vielfach in der Opferrolle. Doch Gleichberechtigung ist nur dann erreicht, wenn sie von allen Seiten gelebt wird. Stattdessen fordern – vor allem linke Frauenorganisationen – Frauenquoten und schwingen feministische, nicht selten männerfeindliche Parolen. Stellen Sie sich mal den umgekehrten Fall vor: Männer fordern Männerquoten und setzen öffentlichkeitswirksam ihre Rechte durch, was in gewissen Berufen und Bereichen gar nicht so abwegig wäre. Der Aufschrei wäre riesig.

Genau diese Doppelmoral stört mich. Manchmal kommt es mir vor, als würde die Gleichstellungsdebatte dafür genutzt, um Mann und Frau gegeneinander auszuspielen. Gleichberechtigt bedeutet eben auch, sich so zu verhalten, sich als Frau dem Wettbewerb zu stellen und sich auch in einer Männerwelt zurechtzufinden. Quoten haben da gar nichts verloren. Sie erreichen genau das Gegenteil, weil nicht die Leistung zählt, sondern die Quote. Beispielsweise hat die UBS kürzlich ihre internen Vorgaben zum Anteil von Frauen und Minderheiten im Management zurückgezogen. Warum? Weil es eben nicht funktioniert, Menschen wegen ihres Geschlechtes in Positionen zu hieven, ohne die Leistung ins Zentrum zu stellen. Noch widersprüchlicher und anstössiger finde ich es, wenn dieselben Frauen, die Gleichberechtigung fordern, randalieren und den Rechtsstaat mit Füßen treten, als hätten sie die Erlaubnis, sich über Recht und Ordnung hinwegzusetzen – so geschehen am 8. März in der Stadt Zürich. Genau diese Frauen lassen es zu, dass massenhaft und unkontrolliert Asylanten in unser Land strömen, für die eine Frau einen niedrigeren Stellenwert hat. Mir ist bewusst, dass es einmal Zeiten gegeben hat, in denen die Frauen nicht gleichberechtigt waren, und es andere Länder und Kulturen gibt, in denen Gleichberechtigung ein Fremdwort ist. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Privilegien und unsere Kultur leben und aufrechterhalten – im Sinne aller unserer «Fraue und Manne».

Neuer Tiefpunkt erreicht: Stadträtin Rykart lässt Polizei bei Gesetzesverstössen untätig zusehen

Seit Monaten verschlechtert sich die Lage im Sicherheitsdepartement. Kritik kommt inzwischen von allen Seiten. Stadträtin Karin Rykart (Grüne) wird unter anderem vorgeworfen, aus Rücksicht auf ihre linke Machtbasis den Linksextremen freie Hand zu lassen.

Die Linksextremen diktieren dem Stadtrat, ob eine christliche Musikerin auftreten darf oder nicht. Grundrechte werden unter dem rotgrünen Stadtrat subjektiv ausgelegt: Wer der gut vernetzten linken Szene angehört, profitiert von Geldern, öffentlich subventionierten Wohnungen, juristischer Unterstützung und parlamentarischer Rückendeckung. Die linke Mehrheit in Stadt- und Gemeinderat winkt Hunderte Millionen Steuerfranken für die ei-

gene Klientel durch, um sich die Unterstützung bei Personenwahlen zu sichern.

Sobald jedoch eine christliche Musikerin auftreten will, die der linksextremen Antifa missfällt, genügt ein Social-Media-Post mit Ankündigung einer Protestaktion, um die Grundrechte auszuhebeln. Stadträtin Rykart will sich dazu nicht öffentlich äussern.

Am letzten Samstag ein ähnliches Trauerbild: In der Innenstadt fand eine

Demonstration gegen die Wohnungsnot statt, die durch unkontrollierte Zuwanderung und die linke Verhinderungspolitik geschaffen wird. Vermummte sprühten vor den Augen der Polizei auf einer abgesperrten Strasse Graffitis an die Wand. Ein mehrfaches Vergehen: Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Verhüllungsverbot.

Die Polizei muss eingreifen, wenn sie Zeuge einer Straftat wird. Dies tat sie jedoch nicht. Sollten die Einsatzkräfte

direkte oder indirekte Anweisungen erhalten haben, bei Straftaten aus dem linken Milieu untätig zu bleiben, wäre dies ein Skandal, der aufgeklärt werden muss.

Die SVP reicht aus diesem Grund heute dazu zwei Vorstöße ein. Wir fordern den Stadtrat auf:

- Das Verhüllungsverbot mit allen Mitteln durchzusetzen.
- Den Vorwurf, dass Stadträtin Rykart die Linksextremen gewähren lässt, vollständig aufzuklären.

Fraktion und Stadtpartei
der SVP Stadt Zürich



Stadträtin Rykart lässt Polizei bei Gesetzesverstössen untätig zusehen

Die überforderte Stadträtin Rykart (Grüne) lässt den gewalttätigen Linksextremen freie Hand und sie die Politik bestimmen.

Bild: zVg

AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

Linke Ausgabenpolitik oder der Salamivorrat eines Hundes

Die vor zwei Tagen veröffentlichte Jahresrechnung 2024 zeigt es schwarz auf weiss: Uster hat ein Ausgabenproblem – kein Einnahmenproblem. Trotz rekordhoher Steuereinnahmen von über 123 Millionen Franken schliesst die Rechnung mit einem negativen Ergebnis von 0,5 Mio. Franken ab – budgetiert war ein Überschuss. Noch gravierender: Die Stadt hat rund 15 Millionen Franken mehr ausgegeben als ursprünglich geplant. Der Unterschied zwischen finanzpolitischer Realität und linksgrüner Ausgabenfreude war noch nie so deutlich wie jetzt.

Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Zum ersten Mal seit Jahren weist Uster wieder eine Nettoverschuldung aus. Trotz historischer Steuererträge gelingt es dem Stadtrat nicht, die Ausgaben in den Griff zu bekommen – und damit gefährdet er den finanziellen Spielraum künftiger Generationen. Während Bürgerinnen, Bürger und KMU mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, steigen die Ausgaben der Stadt ungebremst weiter. Besonders kritisch: Während die Bevölkerung nur leicht wächst, explodieren die Personalkosten: plus 20 Prozent in fünf Jahren! Heute zahlt jede Ustermerin und jeder Ustermer fast CHF 3300 pro Jahr für die Stadtverwaltung – 600 Franken mehr als noch 2020. Eine vierköpfige Familie trägt inzwischen über 13000 Franken jährlich. Für die SVP ist klar: Das ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Unsere Warnungen waren berechtigt. «Diese Jahresrechnung ist ein Warnsignal – Uster lebt finanziell über seine Verhältnisse, und die Schuldenuhr beginnt zu ticken», sagt unser Gemeinderat Ueli Schmid, Fraktionspräsident der SVP/EDU-Fraktion.

Unser Präsident und Gemeinderat der SVP Uster, Daniel Schnyder, betont: «Wir erwarten vom Stadtrat, dass er Verantwortung übernimmt – nicht mit neuen Steuern, sondern mit dem Mut, Nein zu sagen». Ergänzend dazu Andres Ott, Gemeinderat der SVP Uster: «Nicht die Einnahmen sind das Problem, sondern der politische Wille, mit dem Geld sorgfältig umzugehen – 15 Millionen über Budget sprechen für sich!»

Was fehlt, ist finanzpolitische Disziplin und der Wille zur Priorisierung. Die SVP Uster fordert vom Stadtrat eine klare Kurskorrektur: Schluss mit Wohlfühlprojekten auf Pump – stattdessen Konzentration auf das Wesentliche. Schuldenabbau statt Schuldenaufbau muss das Ziel sein. Die SVP wird sich weiterhin konsequent für einen haushälterischen Umgang mit den öffentlichen Mitteln einsetzen – im Interesse der Bevölkerung, des Gewerbes und einer zukunftsfähigen Stadt Uster.

Stimmvolk kann Ausgabenwahnsinn des Stadtrates stoppen!

Am kommenden Abstimmungstermin vom 18. Mai stehen wiederum Ausgaben des Stadtrates im Fokus. Für die neue Hauptsammelstelle und Integrationsangebote in den Loren muss das Stimmvolk einen Projektierungskredit

von 600000 Franken bewilligen. Nun heisst es für die SVP Uster sowie die weiteren bürgerlichen Parteien FDP und Die Mitte, die Stimmbürger zu mobilisieren und den Rotstift anzusetzen! Dieses weitere Luxusprojekt für gesamthaft satte 7 Mio. CHF muss verhindert werden und dem linken Stadtrat eine vernünftige Finanzpolitik auferlegt werden.

Das kann das Stimmvolk als Chef herbeiführen, wenn es die Kraft dazu bringt. Mit dem Stadtrat verhält es sich wie mit einem Hund, er muss geführt werden. Bereits Franz Josef Strauss wusste: So wie ein Hund unfähig ist, sich einen Salamivorrat anzulegen, sind die Sozialdemokraten unfähig, Geldvorräte anzulegen. In diesem Sinne, geschätzte Mitglieder der SVP Uster, helfen Sie uns, damit der masslose linke Stadtrat von Uster nicht den nächsten vollen Napf zum Fressen bekommt und mobilisieren Sie in Ihrem Umfeld für ein kräftiges NEIN.

Am 18.5.25:
NEIN
zu einem weiteren Luxusprojekt

- 7 Mio. Steuergelder – ohne Mehrwert!
- Kleiner als vorher – weniger Platz!
- Kein Verkehrskonzept – mehr Chaos!
- Darum: Sanieren statt verschwenden!

Dieses weitere Luxusprojekt muss verhindert und dem linken Stadtrat eine vernünftige Finanzpolitik auferlegt werden.

Bild: zVg

ANSTIEG DER GEWALKKRIMINALITÄT – ES BRAUCHT MASSNAHMEN

Überproportionale Ausländerkriminalität stoppen

Im Jahr 2024 kam es gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik schweizweit zu 563 633 erfassten Straftaten gemäss Strafgesetz. Das sind acht Prozent mehr als 2023. Alarmierend ist vor allem der Anstieg der Gewaltkriminalität: schwere Körperverletzung plus 17%, Vergewaltigungen plus 29%. Die wichtigsten (vor allem islamischen) Herkunftsländer der Straftäter sind Algerien, Marokko, Afghanistan, Türkei, Syrien und Kosovo. Darüber hört man aber in den meisten Medien nichts – stattdessen kommen immer wieder fast stereotype Mitteilungen wie: «Die Täter waren ein 23- und ein 30-jähriger Schweizer» (als kämen die Täter vor allem aus dem Emmental oder dem Schächental).

Ausländer sind häufiger kriminell
Tatsache ist: 58% der insgesamt 563 633 Straftaten wurden von Ausländern und 42% von «Schweizern» verübt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung 27 Prozent beträgt und dass allein seit dem Jahr 2010 rund 600 000 Ausländer eingebürgert wurden. Die Strafbarkeit der Ausländer oder der Schwei-

zer mit ausländischen Wurzeln ist also um ein Mehrfaches höher als jene der Schweizer Bürger. Mit Blick auf die besonders kriminellen Migranten aus Afghanistan wurde im Tages-Anzeiger erklärt, die in der Schweiz anwesenden Afghanen seien eben überdurchschnittlich jung, und es seien überdurchschnittlich häufig Männer. Und der TA zieht den Schluss: «Eine um die ge-

nannten Faktoren korrigierte, theoretische Kriminalitätsrate läge entsprechend tiefer.» Meine Frage: Spielt es für ein schwerverletztes Opfer eines Messerangriffs eine Rolle, ob der Täter jung, älter oder vielleicht gar eine Frau war?

Es braucht Massnahmen

Neben der SVP müssten nun zumindest auch die anderen bürgerlichen Parteien und Politiker und auch der Bundesrat einsehen, dass die folgenden Massnahmen dringend sind:

1. Verschärfung der Asylpolitik, insbesondere Nichteintreten auf Gesuche von jenen, die über ein sicheres Drittland gekommen sind; konsequente Ausschaffung von Kriminellen; Abschaffung der «vorläufigen» Aufnahme.
2. JA zur Grenzschutz-Initiative, also zu schärferen Grenzkontrollen.
3. JA zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz».
4. NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag, welcher die Zuwanderung noch anheizen würde.
5. JA zu einem griffigen Strafrecht mit abschreckenden Strafen und kürzeren Verfahren.

Nina Fehr Düsel,
Nationalrätin, Küssnacht



Alarmierend ist der Anstieg der Gewaltkriminalität: Vergewaltigungen plus 29 Prozent, deshalb JA zu einem griffigen Strafrecht. Bild: Adobe Stock

SVP GREIFENSEE

Nationalrat Alfred Heer in Greifensee

Trotz schönstem Frühlingswetter war das Säli des Gasthofs zur Krone voll besetzt, als Haese Frey, Präsident der SVP Greifensee, Nationalrat Alfred Heer zu einem politischen Nachmittag begrüßen durfte. Dieser informierte über die aktuellen Themen in Bundesbern und auch im Kanton Zürich.

In unserem Kanton wird im Mai über die Änderung des Steuergesetzes abgestimmt. Bei dieser Vorlage geht es um eine moderate Steuersenkung, die für den Wirtschaftsstandort Zürich von grosser Wichtigkeit sei, wie Alfred Heer betonte. Denn Zürich belastet die Firmen mit den zweithöchsten Steuern der ganzen Schweiz, was den Erhalt der Arbeitsplätze gefährdet.

Anschliessend kam Nationalrat Heer auf die nationale Politik zu sprechen. Beim Asylwesen und der Kriminalität sei offensichtlich, dass das fehlende Handeln in Bern enorme Auswirkungen auf die Gemeinden habe. Die Grenzen müssten nun endlich gesichert werden, Deutschland und Italien täten dies schon lange.

Eine grosse Gefahr berge auch das Rahmenabkommen mit der EU. Die-

ser Vertrag würde nichts anderes als eine Unterwerfung unter EU-Recht bedeuten, womit unsere direkte Demokratie nicht mehr bestehen könnte.

Am Schluss sprach Alfred Heer noch zur internationalen Lage. In Zeiten, in denen zahlreiche Staaten nicht wüssten, wie es wirtschaftlich weitergehen soll, sei es besonders wichtig, dass die Schweiz neutral und unabhängig bleibe. Nur so kann unser Land selbstbewusst seine wichtigen Beziehungen pflegen.

Die Zuhörer freuten sich sehr, dass ein Nationalrat sich die Zeit nahm, um auch in einer kleinen Gemeinde wie Greifensee ein Referat zu halten.

Vorstand SVP,
Greifensee



NR Fredi Heer zusammen mit Haese Frey, Präsident SVP Greifensee. Bild: zvg

SVP KNONAU

Sessionsbericht von Martin Haab und Mauro Tuena

Die SVP-Nationalräte Martin Haab und Mauro Tuena orientierten in den Ausstellungsräumen von British Classic Cars Knonau über die Frühlingssession.

Der Gastgeber Clemens Weingartner der SVP Knonau hiess die beiden Nationalräte herzlich willkommen und freute sich über den guten Besuch der interessierten Parteimitglieder. Martin Haab hob die Bundesratswahl als Kernpunkt der Frühjahrs-session hervor. Die vielen Absagen in der Mitte-Partei und das im letzten Moment geschnürte Zweiermandat waren ein Wechselbad der Gefühle. Als Zürcher Bauernpräsident konnte er Markus Ritter sehr gut beurteilen und er stufte ihn wegen seiner Gradlinigkeit als voll befähigt ein, das VBS zu führen. Martin Pfister wirkte in den Hearings sehr sympathisch und zugänglich, was ihm sicher zum Wahlerfolg verhalf. Die Hoffnung besteht, dass er die nötige Härte beim Aufräumen und Aufbauen der Armee und ihrer Unternehmen zeigt. Einen Teilerfolg konnte die SVP nach vielen früheren abgelehnten Anträgen in Sachen Asylkriminalität verbuchen, indem diesen Menschen die Bewegungsfreiheit begrenzt und der

Asylantrag abgewiesen werden kann. Martin Haab warnte zum Abschluss vor zwei gefährlichen Initiativen. Die 50-Millionen-Steuerinitiative der Juso würde Unternehmen und Arbeitsplätze gefährden und Vermögende ins Ausland vertreiben. Die zweite Initiative Service Citoyen, die jeden Bürger verpflichtet, wahlweise einen gemeinnützigen Dienst zu leisten, gefährde den Bestand der Armee.

Die Sicherheit unseres Landes im Fokus

Mauro Tuena, Präsident der Sicherheitskommission des Nationalrates, freute sich auf die Reise ins Säuliamt, weil er in der Jugendzeit als Stadtzürcher oft seine Freundin in Bonstetten besucht habe.

Seine Sorgen sind einerseits die Zunahme der Kriminalität, besonders die importierte Brutalität, und er möchte, dass wir uns in der Schweiz weiterhin sicher fühlen können. Mit Grenzkontrollen in den umliegenden Staaten

könnten wir dagegenwirken, sie stossen aber bei Bundesrat Jans auf Ablehnung. Mauro wollte es wissen und fuhr eigens mit dem Basler Tram nach Deutschland und wurde tatsächlich kontrolliert! Warum können sich alle anderen Staaten über Schengen hinwegsetzen, aber wir nicht? Die zweiten Baustellen sind die Armee und die Rüstungs-Unternehmungen. Der RUAG-Skandal, die nicht flugfähigen Drohnen, die Besetzung der Armeespitze und der Geheimdienste sowie die Aufrüstung sind grosse Herausforderungen, welche durch die aktuelle Weltlage voll dramatisch sichtbar wurden. Nicht nur auf Bundesrat Pfister, auch für die Sicherheitskommission steht viel Arbeit an.

Zum Abschluss dankte Mauro den SVP-Mitgliedern für ihre Unterstützung von der Basis her, ohne die keine Partei erfolgreich agieren kann.

Bruno Grob,
Knonau



Von links: NR Martin Haab, Gastgeber Clemens Weingartner, NR Mauro Tuena. Bild: zvg

Asylmissbrauch stoppen! **Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!**

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 10. Mai 2025, 10.00 Uhr, SVP-Stand, Frühlingmarkt, Stadel b. Niederglatt, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Freitag, 9. Mai 2025, 20.30 Uhr, Referat «Aktuelle Sicherheitslage», im Anschluss an die Generalversammlung, Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Bezirk Pfäffikon/Fehraltorf
Dienstag, 6. Mai 2025, 19.15 Uhr, Podium zur Steuervorlage 17, Heiget Huus, Schulhausstrasse 22, Fehraltorf, mit Kantonsrat Paul von Euw.

Stadt Zürich/Kreis 3
Dienstag, 13. Mai 2025, 18.30 Uhr, Podium «Entwicklungshilfe – Wie weiter?», Reformiertes Kirchgemeindehaus Wiedikon, Bühlstrasse 11, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 12. April 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 26. April 2025, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 9. Mai 2025, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glatttalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 17. Mai 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Donnerstag, 24. April 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindsaal, Bonstetten, mit Kantonsrat Marc Bochsler.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 7. Mai 2025, 19.00 Uhr, Polit-Dinner, Restaurant Bahnhof, Alte Andelfingerstrasse 2, Henggart, mit Kantonsrat Paul Mayer. Essen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung bis 4. Mai 2025 (mit Wahl Fleisch oder Vegi) unter ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Dienstag, 29. April 2025, 19.00 Uhr, Podium zur Steuervorlage, Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen, mit den Kantonsräten Marc Bochsler und Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

 Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

Polit-Arena
zur kantonalen Abstimmung vom 18. Mai 2025
Senkung der Unternehmenssteuern

Wo: Löwensaal, Landstrasse 38, Andelfingen
Wann: Dienstag, 29. April 2025, Start: 19.00 Uhr, Ende: Ca. 21.00 Uhr



Anschliessend Apéro offeriert von SP und SVP

Was bedeutet die Änderung des Steuergesetzes betreffend Schritt 2 der Steuervorlage 17 für uns?

Pro: Kantonsrat Marc Bochsler, SVP
Kantonsrat Tobias Weidmann, SVP
Kontra: Kantonsrätin Sibylle Jüttner, SP
Kantonsrat Tobias Langenegger, SP

Moderation: Tizian Schöni, ehem. Stv. Chefredaktor Andelfinger Zeitung

Alle sind herzlich eingeladen!

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zvb.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Junge SVP Kanton Zürich
Samstag, 12. April 2025, 18.00 Uhr, Generalversammlung, Rheinfelder Bierhalle, Niederdorfstrasse 76, Zürich, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

WEITERE VERANSTALTUNGEN
Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

Er kommt immer wieder: Pole (60) schon 16 Mal ausgeschafft

Ein Pole wird 16 Mal aus der Schweiz ausgeschafft – und reist immer wieder ein, trotz Einreiseverbote und obwohl er bereits 33 Mal straffällig wurde!

Jetzt Grenzschutz-Initiative unterschreiben!



Neue Normalität?

01.04.2025, Winterthur (ZH)
Mit Messer und Schlagstock in der Schule - Polizei nimmt bei Schulhof-Schlägerei einem Syrer ein Messer und einem Schweizer einen Schlagstock ab.
Quelle: 20 Min, 01.04.2025

02.04.2025, Flughafen Zürich
Dank Kontrollen wurden am Flughafen allein im 1. Quartal 680 Kg. Drogen sichergestellt und 29 Personen verhaftet - wie viele Drogen und Illegale kommen täglich an den unbewachten Grenzübergängen ins Land?
Kantonspolizei Zürich, 02.04.2025

06.04.2025, Wil (SG)
Einbruch in Einfamilienhaus - 1 Slowene und 1 Kosovare festgenommen.
Quelle: Kantonspolizei St. Gallen, 06.04.2025

06.04.2025, Frauenfeld (TG)
Asyl-Migrant schleicht in Wohnung ein - der 25-jährige flüchtige Algerier konnte festgenommen werden.
Quelle: Kantonspolizei Thurgau, 07.04.2025

Grenzschutz-Initiative Asylmissbrauch stoppen! Jetzt unterschreiben: grenzschutz-initiative.ch

